

Gender-Perspektive mischt die Medizin auf

Ärzte Zeitung, 05.03.2014

Bundeskongress in Berlin

Gender hat die Gesundheitspolitik erreicht. Der Bundeskongress Gender Gesundheit in Berlin treibt diesen Prozess mit an.

BERLIN. Die geschlechtsspezifische Medizin, die Gender-Gesundheit, wird in der Politik immer sichtbarer. Der Koalitionsvertrag zwischen Union und SPD geht ausdrücklich darauf ein.

"Wir wollen die jeweiligen Besonderheiten berücksichtigen, die sich aus der Frauen- und Männergesundheitsforschung insbesondere für die gesundheitliche Versorgung und die Erarbeitung von medizinischen Leitlinien ergeben", heißt es da.

Grund sind signifikante Unterschiede einmal bei der Wahrnehmung und damit auch der Behandlung von Krankheiten bei Frauen und Männern. Männer bekommen viel eher Herzinfarkte als Frauen, so der tief verwurzelte gesellschaftliche Konsens. Männer leiden dafür deutlich seltener an Depressionen. Beides scheint aktuellen Forschungsergebnissen zufolge falsch zu sein.

Die Fehlwahrnehmung kann tödlich sein. Die Infarktsymptome bei Frauen werden oft anders zugeordnet. Das Ergebnis ist bekannt: Seit 2007 ist die Sterblichkeit nach einem Infarkt bei Frauen höher als bei Männern, hat die KORA-Studie aufgezeigt.

Die Frage nach Depressionen bei Männern stellen Ärzte viel zu selten, hat ein Report der Barmer GEK festgestellt.

Bundeskongress am 13. und 14. März

"Die Gender-Zuordnung zu bestimmten Krankheitsbildern haben sowohl die Betroffenen als auch die Ärzteschaft verinnerlicht", sagt Dr. Martina Kloepfer. Sie ist Veranstalterin des 2. Bundeskongresses **GenderGesundheit** am 13. und 14. März in Berlin.

Dabei geht es nicht nur um medizinische und zahnmedizinische Aspekte der geschlechtsspezifischen Medizin. Das Programm nimmt auch die soziologischen Umwälzungen in den Gesundheitsberufen und ihre möglichen Konsequenzen in den Blick. Nur rund 40 Prozent der weiblichen Medizinstudierenden gingen in die Versorgung.

Das sei volkswirtschaftlich bedenklich und inhaltlich schade, sagt Kloepfer. Das zeiti-

ge Konsequenzen für die Lebensentwürfe kommender Ärztegenerationen.

Ganz neu ist das Thema in der Regierungspolitik nicht. Schon seit 2011 hat der Gesetzgeber die Arzneimittelhersteller mit dem Arzneimittelmarktneuordnungsgesetz dazu verpflichtet, neue Wirkstoffe geschlechtsspezifisch auszuwerten, zu unterschiedlich ist die Verstoffwechslung bei Frauen und Männern. Der Frauenanteil bei Zulassungsstudien ist seither deutlich gestiegen und hat oft schon mehr als die Hälfte erreicht, heißt es beim Verband forschender Pharmaunternehmen (vfa). Das fördere Erkenntnisgewinn.

Auch das männliche Geschlecht hat bereits mehr Aufmerksamkeit erfahren. 2013 hat die Bundesregierung erstmals einen Männergesundheitsbericht veröffentlicht. (af)



Kommentare